Johannes-Rau-Letter

04/2024

Wie angekündigt, fand am 11.09.2024 in Berlin die dritte Veranstaltung der Johannes-Rau-Gesellschaft statt, Norbert Walter-Borjans diskutierte mit Sanae Abdi, MdB zum Thema *Johannes Rau: Qualitäten von gestern und Orientierung für die Politik heute und morgen.*

Sanae Abdi, Norbert Walter-Borjans, Christoph Zöpel (v. l.)

Hier die einführende Rede von Norbert Walter-Borjans:

Johannes Rau: Qualitäten von gestern und Orientierung für die Politik heute und morgen

Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung der Johannes-Rau-Gesellschaft in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund am 11. September 2024

Meine lieben Freundinnen und Freunde,

um es gleich vorwegzunehmen: Das, was ich Ihnen heute vortragen möchte, ist weder verklärende Nostalgie noch der Versuch eines intellektuellen Beitrags zur nordrhein-westfälischen Geschichtsschreibung – hier in der Vertretung des Bundeslandes, dessen Ministerpräsident Johannes Rau fast 20 Jahre war.

Mein Bedürfnis, 20 Jahre nach dem Ende seiner Amtszeit als Bundespräsident und fast 19 Jahre nach seinem Tod hier in Berlin über das Politikverständnis Johannes Raus zu sprechen, hat zwei aktuelle Anlässe.

Der erste eher technisch-organisatorische ist, dass ein erweiterter Kreis um politische Weggefährten Johannes Raus im Januar dieses Jahres die Gründung der Johannes-Rau-Gesellschaft vollzogen haben. Wir meinen, aus gutem Grund.

„Die Johannes Rau-Gesellschaft möchte“ – so steht es auf deren Website – „das Politikverständnis und den Politikstil, die Grundüberzeugungen und die praktische Politik von Johannes Rau für aktuelle politische Debatten fruchtbar machen… Das gilt für die noch wachsende Bedeutung gleicher Bildungschancen, für das gute Miteinander unterschiedlicher Kulturen, für die Rolle von Kunst und Kultur in einer Welt, die sich immer schneller verändert, für den Ausgleich unterschiedlicher Interessen, für die friedliche Lösung von Konflikten zwischen Völkern und Staaten, aber auch im eigenen Land.“

Wer Johannes Rau persönlich erlebt hat, weiß, dass es in jedem der genannten Themenfelder beredte Beispiele dafür gibt, wie er sehr sensible Themen, die – wie man heute sagen würde – Wut- und Empörungspotenzial enthielten, moderiert und (das ist manch einem kritischen Begleiter entfallen) durch seine Art einer Lösung zugeführt, ja sogar Weichen gestellt hat.

Der zweite Anlass ist ungleich gewichtigerer: Wir fallen von einem Tiefpunkt des Vertrauens in die Politik und die politisch Handelnden auf den nächsten. Tiefs, die wir für überwunden gehalten haben. Nimmt man als Maßstab dafür Wahlumfragen und den Ausgang der jüngsten Landtagswahlen, dann trifft es derzeit die SPD besonders hart. Aber es ist beileibe kein Befund, der sich allein auf die Kanzlerpartei bezieht. Wir erleben eine Form der politischen Vorteilssuche, die nicht dadurch geprägt ist, dass man einen Wettlauf gewinnen will, indem man schneller läuft als die anderen, sondern indem man die anderen zum Straucheln bringt, um als Erster durchs Ziel zu gehen.

*

Ich will die alten Zeiten nicht verklären und heute auch nicht wiederholen, was Raus Biograph Ulrich Heinemann in diesem Jahr in seinem voluminösen Werk „Johannes Rau – Der Besondere“ akribisch herausgearbeitet hat. Ich empfehle aber allen die Lektüre, weil sie zeigt, dass Nahbarkeit, spürbares Interesse am Gegenüber, dass fairer, an der Sache orientierter Umgang mit politischen Wettbewerbern und feinsinniger Humor nicht im Gegensatz zu erfolgreichem Krisenmanagement und richtungsweisenden politischen Entscheidungen stehen. Im Gegenteil: sie können Wege ebnen. Das Buch zeigt auch, dass eine klare Haltung guten Ergebnissen nicht im Weg steht.

Ich möchte mich auf die Qualitäten des Johannes Rau beschränken, von denen ich glaube, dass sie auch heute unter ganz anderen Rahmenbedingungen noch Orientierung geben können.

Das, worüber ich sprechen möchte, basiert vor allem auf selbst Erlebtem. 14 Jahre lang habe ich in der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei des Ministerpräsidenten Rau gearbeitet, sieben Jahre davon als sein Sprecher. Ich habe danach als Staatssekretär und Minister das Wirken weiterer vier sehr unterschiedlich agierender Ministerpräsidentinnen und -präsidenten unmittelbar erleben dürfen. Und schließlich habe ich in zwei Jahren als Vorsitzender der SPD auf der Bundesebene einen tiefen Einblick in den bundespolitischen Betrieb und das handelnde Personal gewonnen. Glauben Sie mir: Das ergibt ein ganz eigenes, komplexes Mosaik. Ich möchte keinen Stein davon missen. Und ich bin nach allem überzeugt davon, ein bisschen mehr Rau täte auch der aktuellen Bundespolitik gut.

*

Johannes Rau war weder ein Heiliger noch frei von Fehlern. Er hatte den Machtwillen, ohne den man weder in der Politik noch in der Wirtschaft oder anderen Bereichen der Gesellschaft hohe Führungspositionen erreicht – und sie erst recht nicht 20 Jahre lang behält. Wer ihn auf einen harmoniesüchtigen Bibelkenner oder Witzeerzähler reduzieren will, ist schon deshalb auf der völlig falschen Spur unterwegs.

Rau wusste allerdings: Wer nach Macht strebt und gewinnt, hiterlässt auf seinem Weg auch Verlierer. Die alte Weisheit „man trifft sich immer zweimal“ kennen alle, zu beherzigen scheinen viele sie nicht. Viele der Widersacher Raus fanden sich nach einem hart geführten Wettbewerb nicht auf dem Abstellgleis wieder, sondern blieben in bereichernder Weise eingebunden bis ins Kabinett hinein.

Seine besondere Stärke lag darin, dass er die von ihm formulierte Erwartung an politisch Handelnde, die da lautete „Die Menschen müssen spüren, dass man sie mag“ selber überaus ernst genommen hat. Man hatte nie das Gefühl, dass er erst eine Barriere überwinden musste, um auf seine Gesprächspartner zuzugehen – nicht in der Chefetage der Wirtschaft, nicht in der Uni (sein Streitgespräch mit Rudi Dutschke war im Vorhinein hoch umstritten und im Nachhinein legendär), nicht in der Kneipe um die Ecke und nicht in anderen Parteien.

Seine Kritiker haben daraus geschlossen, dass das zwangsläufig zu Lasten klarer Positionen und klarer Entscheidungen gehen müsse. Ich kann daraus nur schließen, dass diese Leute Nahbarkeit und Humor für mangelnde Ernsthaftigkeit halten. Ein schwerwiegender Irrtum.

Johannes Rau erging es wie manch einer Theaterinszenierung: von der Kritik geschmäht und vom Publikum geliebt. Dass sich Johannes Rau so wenig in das kollektive Bewusstsein der Hauptstadt eingegraben hat, mag daran liegen, dass die meisten hier der Versuchung erliegen, eher auf die professionellen Kritiker als aufs Publikum zu achten. Umso erwähnenswerter ist gerade deshalb der Kommentar des von mir hoch geschätzten SZ-Kolumnisten Heribert Prantl zum Ende der Amtszeit Raus als Bundespräsident, überschrieben mit „Chapeau, Herr Präsident, adieu!“. Darin schreibt Prantl, „ein unterschätzter Mann (habe) sich als ein Präsident von unerhörter Klarheit erwiesen.“ Man achte auf die Doppeldeutigkeit des Adjektivs „unerhört“!

*

Sein offenes Auftreten verbunden mit Fingerspitzengefühl für sein Publikum und mit dem, was er „die Macht des Wortes“ nannte, haben ihm Möglichkeiten gegeben, Themen anzusprechen, die die meisten lieber umschiffen. Das war und ist vielen gar nicht (mehr) bewusst.

Eines der für mich eindrucksvollsten Beispiele dafür ist seine Tischrede als Bundespräsident anlässlich des Abendessens zu Ehren des israelischen Staatspräsidenten Moshe Katsav am 9.12.2002. Dort sagte er: „Terrorismus ist durch nichts zu rechtfertigen. Auch der Einsatz militärischer Mittel kann aber gewiss nur Ultima Ratio sein, wenn es darum geht, Gefahr abzuwehren. Jeder weiß doch, dass eine dauerhafte Lösung nur friedlich sein kann, mit Gewalt erzwingen lässt sie sich nicht, von keiner Seite. Der jahrzehntelange Kampf um Sicherheit, unter ständiger Bedrohung, führt zu Verstrickung, vielleicht verengt er auch den Blick. Es ist nicht leicht, von außen zu raten. Mir scheint sicher: Rein militärisch ist das Nahostproblem nicht zu lösen. Der Teufelskreis der Gewalt muss durchbrochen werden. Zerstörung und Erniedrigung führen nicht weiter - sie schwächen nur die Friedenswilligen, und ohne sie lässt sich keine gute Zukunft für alle bauen.“

Zur Aktualität dieser Aussage muss man nichts sagen. Weder für Rau noch für seine israelischen Gäste hat dabei je in Frage gestanden, dass er ein großer, ehrlicher Freund Israels war. Hätte er sonst als erster Deutscher in der Knesset reden dürfen, auf Deutsch?

Nicht nur international hat er diese bemerkenswerten Zugänge eröffnet. Er hat auch gesellschaftspolitisch Klartext geredet. Als ein Beispiel dafür nenne ich seine Rede beim Jahreskongress des Wissenschaftszentrums NRW am 18.11.1997. Sein Thema: „Vordenken und Nachdenken – der verantwortliche Umgang mit der Zukunft“:

„Wir kommen, so scheint mir, dem Punkt näher, an dem wir fragen müssen: Wieviel soziale Ungleichheit verträgt der soziale Friede, der ein eigener Wert, aber auch ein wichtiger Standortfaktor ist? Wir müssen fragen, ob nicht eine gleichmäßigere Verteilung – nicht nur der Lebenschancen, sondern auch der realen Lebensbedingungen – ein Wert ist, an dem es uns mangelt.“

Hier zeigt sich die sanfte Klarheit, mit der er oft Position bezog – durch die Formulierung eines erkennbar festen Standpunktes in Frageform, der dann schnell wieder Ausrufezeichen folgen konnten:

„Für falsch, ja gefährlich halte ich die Vorstellung, dass eine Schwächung der Politik infolge der wirtschaftlichen Globalisierung ganz gut sei, weil die Politik entweder ohnehin versage oder zu viel Einfluss habe. Wenn wir den Primat der Politik – demokratisch legitimierter Politik – insgesamt aufgäben – sei es in den Regionen, auf staatlicher oder auf internationaler Ebene, dann wäre das fatal. Wenn die Menschen das Vertrauen in die politische Gestaltbarkeit ihrer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebensbedingungen verlören, dann wäre auch die breite Zustimmung zu unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bedroht. Das wäre dann wahrhaft Staatsgefährdung durch Politikversagen.“

*

Er hatte eine klare Linie, ohne selbstgewiss daherzukommen. Sein Credo war: „(Meine) Aufgabe nehme ich gern wahr. Ich kann sie nur wahrnehmen, wenn es den Schulterschluss mit anderen gibt, und zwar mit denen, die nicht sind wie ich, die nicht die gleichen Schwächen haben wie ich, damit wir einander ergänzen…“. Eigene Schwächen einzugestehen und sich mit Menschen umgeben zu wollen, die die eigenen Defizite ausgleichen, liegt nicht jedem. Wer sich die Riege von Ministerinnen und Ministern in seinen Kabinetten ansah, wusste, dass Raus Credo keine hohle Phrase war. Und wer zum Kreis seiner engsten Mitarbeiter gehörte, weiß bis heute: Jede und jeder von uns konnte irgendetwas nicht, aber zusammen konnten wir fast alles.

Hier in Berlin ist in den Ampel-Jahren besonders in meiner Partei, aber nicht nur da, oft die Rede davon, dass Politik zu schlecht erklärt würde. Zeitgleich kommt dann die empörte Gegenrede, dass es nicht um besseres Erklären, sondern um besseres Machen gehe. Es geht um beides! Wer nicht erklärt, wem das Sensorium für die Stimmung abgeht, die man nicht nur im Fachgespräch erfährt, der ist auch eingeschränkt beim „Machen“. Wer von uns hätte nicht schon erlebt, dass sie oder er einen Sachverhalt erst richtig durchdrungen hat, indem man ihn anderen zu erklären versucht hat?

Der Witzerzähler, der Skatspieler, der Geburtstagsbriefschreiber – und zwar persönlicher Briefe, nicht vorgedruckter Grußkarten mit einem klugen Zitat aus eigens dafür verfügbaren Ratgebern – hatte damit ein Instrumentarium an der Hand, Kontakt und Bindung zu schaffen und aus der sich daraus oft ergebenden gegenseitigen Kommunikation Dinge aus dem Alltag zu erfahren, die kein Expertenkongress zutage gefördert hätte. Nicht selten hat sich dabei erwiesen, dass mit Fingerspitzengefühl eingesetzter Humor Türen öffnen und die Bereitschaft zur Einigung fördern kann – und der Popularität keinen Abbruch tat. Gerhart Baum hat vor einigen Monaten gesagt, er vermisse den „Wärmestrom" von Berlin ins Land hinein. Ich glaube zu wissen, was er meinte.

*

Ein Blick auf das PolitikerInnen-Ranking des Politbarometers von heute lässt einen frösteln, wenn man den Newsletter der Forschungsgruppe Wahlen seit 30 Jahren bezieht. Mit einem negativen Wert auf der Skala von minus fünf bis plus fünf konnte man damals vielleicht Platz 7 von 10 erreichen. Heute reicht das oft für Platz 2. Ja, das ist gewiss auch Ausfluss eines Verfalls von Respekt vor denen, die nicht auf den Zuschauertribünen Platz nehmen und sich für das Gemeinwesen in die Arena begeben, aber nicht nur.

Es gibt schließlich auch heute die, die herausragen. Das gilt neben dem derzeitigen Dauerspitzenreiter auch für den aktuellen Ministerpräsidenten von NRW, wenn er von den Befragten in die Liste der zehn wichtigsten Politiker gewählt wird. Nun kann man in beiden Fällen nicht gerade von Humoristen sprechen, aber wer Rau erlebt hat, findet auch hier deutliche Spuren des Rau'schen Politikstils.

Die Art und Weise, wie Johannes Rau an die Bewältigung der großen Herausforderungen heranging, erinnert mich an einen der vielen Lehrsätze, die uns Willy Brandt in seiner Abschiedsrede als Parteivorsitzender im Juni 1987 mit auf den Weg gegeben hat:

„Und doch, sich nicht zu weit von dem zu entfernen, was viele aufzunehmen geneigt und mitzutragen bereit sind, gehört zur eisernen Wissensration einer Volkspartei, die nicht auf die Oppositionsbänke abonniert ist."

Wohl gemerkt: Nicht „zu weit" entfernen. Das bedeutet nicht, aufs Vorangehen zu verzichten und nur Themen nach Umfragelage und Medienecho anzupacken. Es geht nicht ums Folgen, sondern ums Führen. Es geht darum, die Menschen, für die und mit denen man Politik macht, nicht aus dem Blick zu verlieren. Richard von Weizsäcker hat es so beschrieben: „Die Kunst der Politik besteht darin, das langfristig Notwendige kurzfristig mehrheitsfähig zu machen." Andersherum: Es geht nicht darum, nur dem kurzfristig Mehrheitsfähigen hinterherzulaufen und dabei das langfristig Notwendige zu ignorieren. Je größer das Vertrauen in eine/n Politiker/in, desto mehr Freiraum hat sie bzw. er für beherztes Vorangehen und desto widerstandsfähiger wird man gegenüber populistischen Diskreditierungsversuchen.

Führen nicht einfach als Durchsetzen des eigenen Kopfs, sondern als Überzeugen mittels menschlicher Autorität und Mitnehmen der „Geführten" zu verstehen und Geschlossenheit als Ergebnis einer vorhergehenden, wo nötig auch kontroversen Debatte zu begreifen, statt aus dem Elfenbeinturm Fakten zu schaffen und Folgsamkeit zu erwarten – das sind Eigenschaften, die ihren Wert nicht verloren haben.

*

In der Regierungszeit des Ministerpräsidenten Johannes Rau ist Nordrhein-Westfalen 1994 vollständig aus der Kernkraft ausgestiegen. Es wäre eine Falschdarstellung, Rau als den Treiber dahinter zu sehen. Er war zunächst sogar Bremser, weil er zuerst alle Pros und Cons abwägen wollte. Am Ende der Debatte mit denen in Kabinett und Parteiführung, die – ganz nach seinem ausdrücklichen Wunsch – anders waren als er, hat er den Ausstieg nicht nur gewollt. Er hat die gewonnene Überzeugung dann auch im Schulterschluss mit Kabinett, Fraktion und Partei durchgesetzt.

Eine andere Eigenschaft, die neben so großen Themen vernachlässigbar erscheinen mag, verdient Erwähnung: Wer das Innenleben einer Partei kennt, weiß, dass sich darin Menschen auch für Ziele engagieren, die je nach Großwetterlage bei der Mehrheit in Partei und Wählerschaft eher zu den

Posterioritäten gehören. In schwierigen Zeiten stören Fragen, die vom Mainstream für Luxus gehalten werden, der – wenn überhaupt – in bessere Tage hinein vertagt werden sollte. Rau hätte diese Kontroversen nie dafür missbraucht, sich mit populistischen Tiraden gegen die vermeintlichen Außenseiter Applaus zu verschaffen. Auf heute übertragen heißt das, dass Johannes Rau vermutlich weder gendern noch sich vegan ernähren würde, aber er würde auch niemanden diskreditieren, dem oder der das ein wichtiges Anliegen ist. Immerhin war er es, der in NRW aus der Behördenbezeichnung „Der Minister für…" „Das Ministerium für…" gemacht und die Vornamen mit auf die Amtszimmertüren hat schreiben lassen. Das war zu Zeiten, als einige Beamte ihren Vornamen noch aus Protest mit TippEx zu eliminieren versucht haben.

Ich könnte noch viele Beispiele und Anekdoten anführen. Etwa, dass er Briefe in Sprechsprache und nicht in der viel distanzierteren Schreibsprache gehalten wissen wollte – ohne Wörter, die man im Gespräch mit den Bürgern nie benutzen würde. All diese Beispiele würden belegen, dass Umgang auf Augenhöhe, Verständlichkeit, „einander achten, aufeinander achten" die Leitmotive waren, mit denen er das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewonnen hat. Gerade in schwierigen Zeiten mit vielen umstrittenen Themen wird es nur selten den Fall geben, dass alle in allen Punkten mit der Meinung einer Politikerin/eines Politikers übereinstimmen. Dann kommt es besonders darauf an, dass die Leute sagen: „Ich stimme ihr oder ihm zwar nicht in allem zu, aber man spürt, dass sie oder er die bzw. der Richtige ist, um uns in dieser kritischen Zeit durch die Untiefen zu führen."

Um es noch einmal mit der schon zitierten Abschiedsrede Willy Brandts zu sagen: „Dabei gilt es dann nicht zu vergessen, dass große Dinge noch nie durch Intelligenz allein bewirkt wurden. Sozialdemokratische Politik muss Herz und Verstand, Leib und Seele haben."

*

„Die Johannes Rau-Gesellschaft möchte" – so habe ich die Website der Gesellschaft eingangs zitiert – „das Politikverständnis und den Politikstil, die Grundüberzeugungen und die praktische Politik von Johannes Rau für aktuelle politische Debatten fruchtbar machen." Hat das hier Gesagte unter den heute geltenden Rahmenbedingungen überhaupt noch einen Wert?

Haben die sozialen Medien, die Einschränkung, Gedanken nur in TikTok-Schnipseln an die Frau oder den Mann zu bringen, haben der Verlust gegenseitigen Respekts und besonders der vor denen, die sich für unser Gemeinwesen engagieren, hat die Dominanz des Ich über das Wir und die Verherrlichung von „Kompromisslosigkeit" und „Ungeduld" die Landschaft so verändert, dass die beschriebenen Eigenschaften out sind? Oder können sie so adaptiert werden, dass wir dem Ziel Johannes Raus, das Leben der Menschen glaubhaft jeden Tag ein bisschen besser zu machen, damit vielleicht sogar näherkommen als mit dem Politikstil, wie wir ihn augenblicklich erleben?

Mein ein bisschen ironisches Fazit lautet: Allein damit käme die SPD nicht zwingend auf 52,1 Prozent der Stimmen wie bei der Landtagswahl 1985. Deutlich mehr als 15 Prozent sind aber allemal drin, wenn die SPD nicht im Mantel einer Koalition verschwindet, sondern als Kopf sichtbar ist. Wenn sich alle Verantwortlichen auf nahbares Erklären mit Offenheit für den Dialog besinnen. Wenn man sich der Macht des Wortes und im Umkehrschluss der Gefahr des unbedachten Wortes bewusst ist. Wenn man so agiert, dass die Menschen spüren, dass man sie mag. Und wenn man sich eigener Unzulänglichkeiten bewusst ist und ebenso weiß, dass daraus im Schulterschluss mit Menschen, die anders sind als man selbst, ein starkes Ganzes werden kann.

Norbert Walter-Borjans, Sanae Abdi, Christoph Zöpel (v. l.)

Mein Fazit ist aber zweitrangig gegenüber dem einer jungen Bundestagsabgeordneten wie Sanae Abdi, die jetzt in der parlamentarischen Mitverantwortung steht. Als sie zur Welt kam, lag der Erdrutschsieg bei der NRW-Landtagswahl schon ein Jahr zurück. Als die Amtszeit des Ministerpräsidenten Johannes Rau endete, war sie zwölf, am Ende der Amtszeit als Bundespräsident achtzehn. Sie hat sich trotzdem und vermutlich nicht ohne Grund der Johannes-Rau-Gesellschaft angeschlossen. Ich bin gespannt auf ihre Einschätzung.

Einweihung des Johannes-Rau-Platzes in Dorsten am 14. September 2024

Die Stadt Dorsten ehrte Johannes Rau mit der Benennung des neugestalteten Platzes vor dem Bürgerbahnhof. Die Namensgebung würdigt nicht nur das Leben und Wirken des ehemaligen Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens (1978–1998), sondern auch die Auswirkungen seines Handelns für die Stadt Dorsten. Am 14. September 2024 lud die Stadt Dorsten zu einer Veranstaltung am Johannes-Rau-Platz ein. Die Eröffnung fand um 11 Uhr statt und wurde vom Bürgermeister Tobias Stockhoff durchgeführt. Anschließend ging es in den “Speisesaal” des Bürgerbahnhofs, wo Dr. Ulrich Heinemann einen Vortrag über das Leben und Wirken des Politikers gehalten hat.

Ulrich Heinemann hat uns dazu folgenden Pressebericht – Pressemitteilung der SPD-Rhade – übermittelt:

Einweihung des Johannes Rau-Platzes in Dorsten am 14. September 2024

Johannes-Rau-Platz: „Sie haben eine sehr gute Wahl getroffen“

Referent würdigt eindrucksvoll den Menschen Johannes Rau

Es war ein Glücksgriff der Verwaltung, zur Einweihung des Johannes-Rau-Platzes, Dr. Ulrich Heinemann, Historiker, Lehrbeauftragter, Herausgeber und Publizist, sowie Autor des Buches „Der Besondere - Eine politische Biografie“, als Redner gewonnen zu haben. Er, der Johannes Rau beruflich lange Jahre aus nächster Nähe erlebt hat, beschrieb den Menschen und Politiker so eindrucksvoll, dass die rund 40 Teilnehmer an der Veranstaltung gebannt zuhörten. Er sei ein Feingeist gewesen, der als Sozialdemokrat überwiegend überparteilich agierte, der das „fair bleiben“, immer auch die politischen Konkurrenten spüren ließ, der in seinen Reden nicht nur den Verstand, sondern auch das Gefühl ansprach. Sein Leitsatz lautete über Jahrzehnte, VERSÖHNEN STATT SPALTEN. Interessant, wie Ulrich Heinemann die Verbindung zwischen Johannes Rau und der Stadt Dorsten aufzeigte. Mehrfach sei er in der Lippestadt gewesen, hat den Hervester Brunnenplatz und das Jüdische Museum eingeweiht, hat im Lembecker Schloss, eindrucksvoll über das Thema Migration referiert und war den Bergleuten bei ihrem Kampf um Arbeitsplätze sehr nahe. Den Platz vor dem Bürgerbahnhof JOHANNES-RAU-PLATZ zu nennen, sei eine sehr gute Wahl, so der Referent. Zuvor hat der Bürgermeister Tobias Stockhoff, nicht weniger eindrucksvoll, die richtigen Worte gefunden, um die Ratsentscheidung zu erläutern. Sein Hinweis, in Kürze den in der Nähe befindlichen Platz GESCHWISTER-SCHOLL-PLATZ zu benennen, wurde mit Zwischenapplaus begleitet. Friedhelm Fragemann, der den Antrag vor vielen Jahren, eine Straße oder einen Platz in Dorsten nach Johannes Rau zu benennen, im Stadtrat einbrachte, enthüllte unter Beifall das neue Dorstener Straßenschild.

Dirk Hartwich

Veranstaltung des Landesarchivs Duisburg zur Publikation der Kabinettsprotokolle der Regierung Rau II (1980–1985)

Am 16. und 17. Oktober 2024 veranstaltet das Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland in Duisburg einen Workshop zur Online-Stellung der Kabinettsprotokolle NRW (1946–1985) sowie zur Publikation der Protokolle des Kabinetts Rau II (1980–1985) als Band 9 der Protokoll-Reihe nordrhein-westfälischer Landesregierungen.

Zur Eröffnung dieser Veranstaltung wird Dr. Ulrich Heinemann am Abend des 16. Oktober den Einführungsvortrag zur Politik der Regierung Rau in der Legislaturperiode 1980–1985 halten.

Geburtstage und Todestag der Landesminister*Innen der Kabinette Rau im Oktober

- **Horst-Ludwig Riemer** (03.04.1933 –**02.10.2017**), September 1978 bis November 1979 Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr und stellvertretender Ministerpräsident
- **76. Geburtstag von Fritz Behrens (*12.10.1948)**, 1995 bis 1998 Justizminister
- **Günther Einert** (**12.10.1930**–30.07.2015), 1983 bis 1990 Minister für Bundesangelegenheiten, 1990 bis 1995 Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
- **Rolf Krumsiek** (31.08.1934–**23.10.2009**), 1983 bis 1985 Minister für Wissenschaft und Forschung, 1990 bis 1995 Justizminister
- **Diether Deneke** (**27.10.1918**–16.04.2002), 1978 bis 1979 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

---

Die Johannes-Rau-Gesellschaft möchte auch an die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten vor Johannes Rau erinnern, es waren **Fritz Steinhoff** und **Heinz Kühn**.

Fritz Steinhoff ist am **22. Oktober 1969** in Hagen gestorben – zur Erinnerung geben wir hier den vom Landtag NRW veröffentlichten Lebenslauf wieder:

Fritz Steinhoff (1897–1969)

Fritz Steinhoff, der erste SPD-Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, ist heute fast vollständig aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. Dabei war seine Wahl durchaus eine Sensation. Wer hätte selbst Anfang der 1950er Jahre damit gerechnet, dass der bescheidene Steinhoff mit proletarischer Vergangenheit das bevölkerungsreichste Bundesland regieren würde?![1]

Fritz Steinhoff wurde am 23. November 1897 in Wickede (mittlerweile ein Stadtteil von Dortmund) geboren. Als eines von elf Kindern wurde er in ärmlichen Verhältnissen groß. Sein Vater war Bergmann und litt an der Bergarbeiterkrankheit „Augenzittern“, weshalb er seinen Beruf nicht mehr in vollem Umfang ausüben konnte. Sohn Fritz war 1912 gezwungen, die Volksschule zu verlassen, um Geld zu verdienen. Zunächst arbeitete er drei Jahre als Ackerknecht, dann tat er es seinem Vater gleich und wurde ebenfalls Bergmann auf der Zeche Masse. Diese Phase, die er unter Tage verbrachte, bezeichnete Fritz Steinhoff im Nachhinein als trostloseste Zeit seines Lebens. Die Einschätzung ist bemerkenswert, vor allem angesichts der Tatsache, dass er 1917 in den Krieg ziehen musste. Als Marinesoldat leistete Steinhoff Dienst auf einem Torpedoboot. Dort war er als Heizer eingesetzt und beauftragt, Kohlen zu schippen. Prägend war für ihn, dass er durch seine Kameraden mit dem sozialdemokratischen Gedankengut in Kontakt kam.[2]

Nach dem Krieg trat Steinhoff, der wieder als Bergmann arbeitete, der SPD bei. Innerhalb der SPD wurde er Mitglied des „Hofgeismarer Kreises“ der Jungsozialisten. Der „Hofgeismarer Kreis“ beeinflusste Steinhoff, weil er die gesellschaftliche Bedeutung von Bildung besonders hervorhob. So besuchte Fritz Steinhoff 1921 für sechs Monate die Volkshochschule im thüringischen Dreißigacker, 1923 – durch Vermittlung des Deutschen Bergarbeiterverbands – die gewerkschaftsnahe Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main und darauffolgend bis 1926 die Deutsche Hochschule für Politik in Berlin, wo er u.a. vom späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss unterrichtet wurde. Das Studium finanzierte er sich mitunter als Zeitungsverkäufer. 1926 erhielt Steinhoff dann ein Volontariat bei der sozialdemokratischen „Westfälischen Allgemeinen Volkszeitung“, wo er auch Fritz Henßler kennenlernte, den späteren Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion. 1927 wurde er Geschäftsführer eines Zeitungsvertriebs. Bereits ein Jahr später wurde Steinhoff sozialdemokratischer Parteisekretär für den Unterbezirk Hagen-Lüdenscheid und 1929 dann unbesoldeter Stadtrat in Hagen.[3]

Mit Beginn der nationalsozialistischen Diktatur verlor er seine Anstellung und seine Ämter. Außerdem wurde er für drei Tage in „Schutzhaft“ genommen. Trotz dieser negativen Erfahrung schreckte er nicht davor zurück, sich weiterhin politisch zu engagieren – nun jedoch illegal. So verteilte Steinhoff heimlich sozialdemokratische Flugschriften. Bereits 1934 wurde er wegen derartigen Aktionen wegen Hochverrats angeklagt, jedoch aus Mangel an Beweisen wieder aus der Untersuchungshaft entlassen. Steinhoffs Wagemut überrascht noch mehr, wenn man bedenkt, dass er mittlerweile verheiratet war. Um Geld zu verdienen, arbeitete er als Handelsvertreter und eröffnete 1937 ein Herd- und Ofenreinigungsgeschäft. Ein Jahr später wurde er jedoch von der Gestapo verhaftet und in der berüchtigten Dortmunder Steinwache schwer misshandelt. Erneut wurde er wegen Hochverrats angeklagt, und diesmal zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Aus der Deutschen Arbeitsfront (DAF), der er seit 1933 angehörte, wurde er ausgeschlossen. 1941, nach dem Ende seiner Haft, fand er eine Stelle als Metallarbeiter bei einer Firma in Iserlohn. Nach dem gescheiterten Hitlerattentat im Juli 1944 wurde Steinhoff allerdings wieder verhaftet und in das KZ Sachsenhausen verfrachtet. Hier begegnete er erneut Fritz Henßler, den man ebenfalls im Konzentrationslager gefangen hielt. Steinhoff kam erst mit Kriegsende wieder in Freiheit. Die Gefangenschaft hatte ihm stark zugesetzt, u.a. litt er seitdem an einem chronischen Magenleiden.[4] Umso erstaunlicher ist, dass Steinhoff die Erlebnisse der KZ-Zeit folgendermaßen zusammenfasste: „Mir ist es soweit ganz gut ergangen, aber was um einen vor sich ging, das war so schrecklich, daß es diejenigen, die es nicht gesehen hatten, nicht glauben konnten.“[5]

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Steinhoff unmittelbar beim Wiederaufbau der SPD beteiligt. So wurde er stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches-Westfalen und 1950 Mitglied des Parteivorstandes. Bereits Anfang des Jahres 1946 wurde Steinhoff, der fest in der Kommunalpolitik verwurzelt war, Oberbürgermeister der Stadt Hagen. Dieses Amt behielt er, obwohl im Herbst 1946 Kommunalwahlen stattfanden und die CDU stärkste Kraft wurde. Die CDU war mit Steinhoffs integrativer Politik so zufrieden, dass sie darauf verzichtete, das Oberbürgermeisteramt selbst zu besetzen. Für ihr Entgegenkommen erhielt die CDU aber das Amt des Oberstadtdirektors. Steinhoff machte sich sehr um den Wiederaufbau der Stadt Hagen verdient. Sein kommunalpolitisches Engagement zeigt sich zudem darin, dass er von 1950 bis 1956 Vorsitzender des nordrhein-westfälischen Städtetags war und von 1954 bis 1956 im Präsidium des Deutschen Städtetags saß. Zusätzlich zu seinem Oberbürgermeisteramt war Steinhoff Mitglied des westfälischen Provinzialrats und von 1946 bis 1961 Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Bei den Landtagswahlen holte er für seinen Wahlkreis Hagen I jeweils das Direktmandat. Während seiner Zeit als Landtagsabgeordneter war er vor allem im Haushalts- und Finanzausschuss aktiv, dessen Vorsitz er zeitweise innehatte. Nach dem überraschenden Tod von Ernst Gnoß wurde Steinhoff an dessen Stelle 1949 Minister für Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen. Dieses Amt behielt er bis zur Landtagswahl 1950. In dieser kurzen Amtszeit schuf er gesetzliche Rahmenbedingungen für den unbürokratischen Wiederaufbau der Städte; allein 125.000 Wohnungen konnten in dieser Zeit neu errichtet und für weitere 60.000 Wohnungen die Finanzierung bereitgestellt werden. Aufgrund dieser Erfolge stieg sein Ansehen in der Öffentlichkeit sowie in der SPD-Fraktion erheblich, weshalb Steinhoff darauffolgend stellvertretender Fraktionsvorsitzender wurde.[6]

Anfang der fünfziger Jahre starben eine Reihe Politiker, die bis dahin die Politik der SPD im Land bestimmt hatten. Zu nennen sind hierbei vor allem Carl Severing († 07.1952), Erik Nölting († 07.1953) sowie der SPD-Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Bezirks Westliches-Westfalen, Fritz Henßler († 12.1953). Steinhoff folgte Henßler sowohl als Fraktionsvorsitzender als auch als Bezirksvorsitzender nach, was überrascht, da Henßler im Gegensatz zu Steinhoff einen autoritären Führungsstil pflegte. Darüber hinaus war Steinhoff kein exzellenter Rhetoriker und wenig öffentlichkeitswirksam. Es war jedoch der Mangel an Alternativen in der Generation der frühen Landespolitiker, der Steinhoff in diese Positionen brachte, außerdem sprachen seine proletarische Herkunft, sein Aufstiegswille und seine NS-Verfolgung für ihn. Als die SPD mit ihm als Spitzenkandidat in die Landtagswahl 1954 ging, blieb die sozialdemokratische Partei allerdings trotz Stimmengewinn weit hinter der CDU zurück, die mit 41,3% der Stimmen deutliche Wahlsiegerin wurde.[7] Zwei Jahre später wurde Steinhoff jedoch der erste sozialdemokratischen Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens.

Steinhoff kam am 11. Februar 1956 nach einem konstruktiven Misstrauensvotum gegen den amtierenden CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold in sein Amt. Die FDP hatte aus bundespolitischen Gründen einen Koalitionswechsel vollzogen und Steinhoff mit zum Ministerpräsidenten gewählt. Die nun regierenden Parteien SPD, FDP und Zentrum verfügten allerdings über wenig politisch übereinstimmende Überzeugungen. In dieser schwierigen politischen Konstellation war es von Vorteil, dass Steinhoff einen überaus ausgleichenden, konsensorientierten Charakter besaß. Er war ausgesprochen pragmatisch veranlagt – für ideologische Diskussionen und visionäre Ideen zeigte er nur wenig Begeisterung. Mit seiner verbindlichen und verlässlichen Art schuf er innerhalb der Koalition ein Klima, dass durchaus von gegenseitigem Vertrauen und Respekt gekennzeichnet war. Steinhoffs Stärke war es, auf informellen Weg in entspannter Atmosphäre Kompromisse herbeizuführen. So ist es nicht verwunderlich, dass Steinhoffs Stellvertreter, der FDP-Politiker Willi Weyer, resümierte, Steinhoff sei bereits in Hagen der einzige Politiker gewesen, der in allen Parteien Freunde gehabt hätte. Auch mit den Kirchen strebte Steinhoff ein gutes Verhältnis an. Beispielsweise verwendete er selbst, obwohl aus der katholischen Kirche ausgetreten, bei seiner Vereidigung die Formel „So wahr mir Gott helfe“ und gestand den Kirchen in ihren Belangen weitreichende Autonomie zu. Politisch setzte die Regierung Steinhoff viele Maßnahmen der CDU-geführten Vorgängerregierung fort. Wohnungsbau, Bildung und Forschung wurden jedoch besonders gefördert; ein prominentes Beispiel ist hierfür die geplante Kernforschungsanlage in Jülich. Steinhoffs pragmatischer Regierungsstil zahlte sich nur begrenzt aus. Bei den Landtagswahlen 1958 gewann die CDU die absolute Mehrheit, obwohl die SPD ihr Wahlergebnis um knapp fünf Prozentpunkte auf 39,2% steigern konnte. Die Regierung Steinhoff musste nach nur 29 Monaten abtreten.[8]

Nach der verlorenen Wahl übernahm Steinhoff wieder das Amt des Fraktionsvorsitzenden im Landtag. Als Oppositionsführer hatte er jedoch wenig Erfolg mit seinem konsensualen Politikstil. Anstatt den politischen Wettbewerb durch Polarisierung und eigene Vorschläge voranzutreiben, suchte Steinhoff die Zusammenarbeit mit der CDU-Regierung. Hier zeigte sich, dass die SPD eine Erneuerung sowie einen Generationswechsel nötig hatte. SPD-Politiker wie Steinhoff symbolisierten nicht den Aufbruch, den das 1959 beschlossene Godesberger Programm beabsichtigte.[9]

1961 kandidierte Steinhoff für den Deutschen Bundestag und gewann in seinem Wahlkreis das Direktmandat. Er verließ den Landtag in NRW, allerdings übernahm er als Bundestagsabgeordneter keine gestaltende Rolle mehr – dort blieb er ein Hinterbänkler. Im darauffolgenden Jahr hoffte Steinhoff vergeblich, noch einmal im anstehenden Landtagswahlkampf als Spitzenkandidat antreten zu dürfen. 1963 kandidierte Steinhoff noch einmal als Oberbürgermeister von Hagen und gewann die Wahl. Allerdings musste er bereits nach einem Jahr aus gesundheitlich Gründen vom Amt zurücktreten. 1967 verlieh ihm die Stadt Hagen die Ehrenbürgerwürde und 1961 hatte er bereits das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband erhalten. Im Laufe seines Lebens saß er als Vertreter der Arbeitnehmer in mehreren Aufsichtsräten u.a. beim Klöckner-Hüttenwerk Haspe AG. Hagen und der Klöckner-Werke A.G. Duisburg. Zudem war er Mitherausgeber der „Westfälischen Rundschau“. Fritz Steinhoff starb am 22. Oktober 1969 in Hagen. Zwanzig Jahre nach seinem Tod errichtete ihm die Stadt vor dem Hagener Rathaus ein Denkmal. Steinhoff blieb sein Leben lang kinderlos.[10]

1 Vgl. Engelbrecht, Jörg: Fritz Steinhoff (1897-1969), in: Gösmann, Sven (Hrsg.): Unsere Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen. Neun Porträts von Rudolf Amelunxen bis Jürgen Rüttgers, Düsseldorf 2008, S. 70-97, hier S. 71; Hösel, Sebastian: Fritz Steinhoff (1897-1969). Vom Bergmann zum Ministerpräsidenten – Skizze einer politischen Biografie, in: Geschichte im Westen, 19 (2004), S. 117-126, hier S. 117 sowie Bierbach, Wolf: Fritz Steinhoff, in: Först, Walter (Hrsg.): Aus dreißig Jahren. Rheinisch-Westfälische Politiker-Porträts, Köln / Berlin 1979, S. 250-271, hier S. 252.

2 Vgl. Düding, Dieter: Zwischen Tradition und Innovation. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946-1966, Bonn 1995, S. 43; Hüwel, Detlev: Die frühen Jahre: Von Amelunxen bis Meyers, in: Hombach, Bodo (Hrsg.): Heimat & Macht. Von Arnold bis Rau, von Clement bis Laschet – Eine kurze Landesgeschichte NRWs, S. 165-181, hier S. 174 sowie Hösel: Fritz Steinhoff (1897-1969), S. 117-118.

3 Vgl. Keinemann, Friedrich: Fritz Steinhoff, Oberbürgermeister von Hagen und nordrhein-westfälischer Ministerpräsident. Umrisse einer politischen Biographie, Hagen 1975, S. 3; Düding: Zwischen Tradition und Innovation, S. 43-44; Hüwel: Die frühen Jahre, S. 174-175; Engelbrecht: Fritz Steinhoff (1897-1969), S. 70-74; Wickert, Christl: Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Marburg 2000, S. 315; Högl, Günther / Bilitzky, Karl / Knippschild, Dieter: Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 – 1945. Katalog zur ständigen Ausstellung des Stadtarchivs Dortmund in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, 2. überarbeitete Aufl., Dortmund 2002, S. 172; Bierbach: Fritz Steinhoff, S. 254 sowie o.V.: Steinhoff, Fritz, in: Munzinger Online/Personen. Internationales Biographisches Archiv, URL: http://www.munzinger.de/document/00000004098 (abgerufen am 9.6.2020).

4 Vgl. Steinhoff, Fritz: Entnazifizierungsakte, in: Landesarchiv NRW (Abteilung Rheinland). Bestand Entnazifizierungsakten (Sig.: NW 1099-05852); Ganzke, Hartmut / Horschler, Thomas: Fritz Steinhoff. Der vergessene Ministerpräsident – Aus Hitlers Kerkern zum Staatsmann, Unna 2023, S. 51; Düding: Zwischen Tradition und Innovation, S. 44; Engelbrecht: Fritz Steinhoff (1897-1969), S. 70-76; Hösel: Fritz Steinhoff (1897-1969), S. 120-121; Högl / Bilitzky / Knippschild: Widerstand und Verfolgung in Dortmund, S. 172 sowie o.V.: Steinhoff, Fritz, in: Munzinger Online/Personen.

5 Fritz Steinhoff im WDR-Interview mit Walter Erasmy vom 14.10.1966, in: Biografische Kompendien des Landtags von Nordrhein-Westfalen (Sig.: A0208/0767).

6 Vgl. Engelbrecht: Fritz Steinhoff (1897-1969), S. 70-79; Hösel: Fritz Steinhoff (1897-1969), S. 122-123; Bierbach: Fritz Steinhoff, S. 258; Düding: Zwischen Tradition und Innovation, S. 43-44, 160-161 sowie Högl / Bilitzky / Knippschild: Widerstand und Verfolgung in Dortmund, S. 172.

7 Vgl. Engelbrecht: Fritz Steinhoff (1897-1969), S. 71, 80; Düding, Dieter: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen 1946-1980. Vom Fünfparteien- zum Zweiparteienlandtag, Düsseldorf 2008, S. 321-322 sowie ders.: Zwischen Tradition und Innovation, S. 44, 125.

8 Vgl. Kniese, Horst: Fritz Steinhoff: Zu seinem 100. Geburtstag, in: Heimatbuch Hagen und Mark, 38 (1997), S. 33-41, hier S. 33; Hüwel: Die frühen Jahre, S. 174-177; Bierbach: Fritz Steinhoff, S. 261; Engelbrecht: Fritz Steinhoff (1897-1969), S. 70-91; Düding: Zwischen Tradition und Innovation, S. 44, 160-161; Hösel: Fritz Steinhoff (1897-1969), S. 117-121; Haunfelder, Bernd: Nordrhein-Westfalen. Land und Leute 1946-2006. Ein biographisches Handbuch, Münster 2006, S. 447; Kniese, Horst: Fritz Steinhoff – kein Sinn für Ideologie, in: Becker, Jochen / Kniese, Horst (Hrsg.): Erste Bürger, Hagen 1996, S. 7-23 sowie Becker, Jochen: Fritz Steinhoff (1897-1969). Der erste Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, in: Faulenbach, Bernd u.a. (Hrsg.): Sozialdemokratie im Wandel. Der Bezirk Westliches Westfalen 1893-2001, 4. erw. Aufl., Essen 2001, S. 222-223, hier S. 222-223.

9 Vgl. Düding: Zwischen Tradition und Innovation, S. 168-169; Hösel: Fritz Steinhoff (1897-1969), S. 125 sowie Engelbrecht: Fritz Steinhoff (1897-1969), S. 92-93.

10 Vgl. Schreiben Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen an das Bundespräsidialamt vom 24.10.1969, in: Landesarchiv NRW (Abteilung Rheinland). Bestand Ordensakten (Sig.: 4946); Düding: Zwischen Tradition und Innovation, S. 169; Hüwel: Die frühen Jahre, S. 177; Hösel: Fritz Steinhoff (1897-1969), S. 121, 126; Högl / Bilitzky / Knippschild: Widerstand und Verfolgung in Dortmund, S. 172; Becker: Fritz Steinhoff (1897-1969), S. 223; Jahn, Bruno u.a.: Steinhoff, Fritz, in: Vierhaus, Rudolf / Herbst, Ludolf (Hrsg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002, 3. Bde., Bd. 2, München 2002, S. 843-844, hier S. 844; Engelbrecht: Fritz Steinhoff (1897-1969), S. 93-94; Haunfelder: Nordrhein-Westfalen, S. 446 sowie o.V.: Steinhoff, Fritz, in: Munzinger Online/Personen.

https://www.landtag.nrw.de/home/der-landtag/geschichte-des-landtags/verfolgungsbiografien/biografien/fritz-steinhoff/lebensgeschichte-fritz-steinhoff.html

Heinz Kühn (1912–1992)

1966 bis 1978 der fünfte Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Zur Erinnerung an Heinz Kühn gibt es:

- die **Heinz-Kühn-Stiftung** des Landes Nordrhein-Westfalen zur Förderung junger Journalistinnen und Journalisten

  https://www.heinz-kuehn-stiftung.de/

- das **Heinz-Kühn-Bildungswerk** zur politischen Erwachsenenbildung

  https://www.hkb-nrw.de/

- die **Heinz-Kühn-Medaille**, die die Region Mittelrhein des SPD-Landesverbandes NRW seit dem 30. März 1992 in jedem Jahr an Einzelpersonen und Gruppen verleiht, die sich besonders für das Miteinander von Deutschen und Ausländern einsetzen